

Jobverlust und Insolvenzen: ÖGB warnt vor fataler Lohnsenkung!

Die ÖGB warnt vor dem Risiko steigender Arbeitslosigkeit und Insolvenzen. Lohnnebenkosten sind entscheidend für den Sozialstaat.

Laimgrubengasse 10, 1060 Wien, Österreich - Die alarmierenden Arbeitsmarktdaten vom 2. Dezember 2024 zeigen, dass die Zahl der Arbeitslosen sowie der Insolvenzen dramatisch steigt. Helene Schuberth, Bundesgeschäftsführerin des ÖGB, kritisiert scharf die Pläne der Regierung, die Lohnnebenkosten zu senken. Diese Kosten sind essenziell, um Arbeitslose im Fall von Jobverlust finanziell abzusichern. Schuberth warnte, dass Arbeitnehmer:innen, die unverschuldet ihre Jobs verlieren, dringend Unterstützung brauchen, und eine Kürzung der Lohnnebenkosten lediglich die ohnehin angespannte Situation verschärfen würde, wie die Website der ÖGB ausführte.

Essenzielle Rolle der Lohnnebenkosten

Lohnnebenkosten, oft ein unverständlich klingender Begriff, recherchieren nicht nur den Betrieb, sondern sichern auch den Sozialstaat. Dazu zählen unter anderem Beiträge zur Pensionsversicherung und Arbeitslosenunterstützung. Eine Einsparung an Lohnnebenkosten hätte direkte Auswirkungen auf die sozialen Sicherungssysteme, warnt die GPA. Laut ihrem Bericht bedeutet dies weniger finanzielle Mittel für wichtige gesellschaftliche Leistungen, inklusive der medizinischen Versorgung, da jedes Prozent, das bei der Krankenversicherung eingespart wird, die Anzahl der finanzierbaren Arztstellen

verringert. Schon jetzt ist das Budget des Arbeitsmarktservice (AMS) durch diese Einsparungen bedroht, was sich negativ auf die Unterstützung arbeitsloser Menschen auswirken würde.

Schuberth fordert einen grundlegenden Strategiewechsel: Statt den Sozialstaat zu schwächen, sollen Investitionen in das AMS getätigt werden, um Menschen schneller zurück in sichere Arbeitsverhältnisse zu bringen. Die Verantwortung für die aktuelle Situation liegt ihrer Meinung nach nicht bei den Arbeitnehmer:innen, sondern bei der Bundesregierung und den Unternehmen, die die Herausforderungen der letzten Jahre nicht ausreichend angegangen sind. Die Gürtellinie beim Sozialstaat zu straffen, ist der falsche Weg, mahnen die Gewerkschaften, wie auf der GPA-Website zu erfahren ist.

Details	
Vorfall	Insolvenz
Ort	Laimgrubengasse 10, 1060 Wien, Österreich
Quellen	<ul style="list-style-type: none">• www.ots.at• www.gpa.at

Besuchen Sie uns auf: die-nachrichten.at